

Heinrich-Böll-Stiftung
Festung Europa ?
Effekte und Konsequenzen von Arbeitsmigration

Dokumentation der Konferenz

Die Abschlussdiskussion

ReferentInnen: Egbert Holthuis, European Commission Directorate
General for Employment and Social Affairs, Brussels
Antje Möller MdHB, GAL, Sprecherin BAG Migration und
Flucht, Hamburg
Liz Fekete, Direktorin Institute of Race Relations, UK
René Plaetevoet, december 18 Brussels, Belgien

Moderation: Mekonnen Mesghena, Heinrich-Böll-Stiftung

Mekonnen Mesghena eröffnete mit der Frage, ob es sich bei dem Begriff „Festung Europa“ um einen Mythos oder eine Realität halte.

Egbert Holtuis betonte zunächst, dass es den meisten Immigranten in EU-Ländern sehr gut gehe und dass nur eine Minderheit spezifische Sorgen und Probleme habe, für deren Lösung es seiner Meinung nach aber Möglichkeiten gäbe. Die Situation in Deutschland könne nur in einem europäischen Kontext gesehen werden. Die Migranten kämen „für uns“ nach Europa, woraus sich eine Verantwortung der europäischen Länder ergebe. Das Jahr 2006 sei das Jahr der Mobilität, wobei in der Realität nicht die Europäer, sondern die Migranten mobil seien.

Holtuis' Ansicht nach könne angesichts der demographischen Entwicklung in den EU-Ländern mit den anstehenden Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt mit folgenden Strategien umgegangen werden: die Zahl der Arbeitsstunden und der Arbeitsjahre könne erhöht, die Produktivität gesteigert oder es könnten mehr Migranten in die Gesellschaft integriert werden. Er wies darauf hin, dass die Rekordgewinne von deutschen Firmen auch den Arbeitsmigranten zu verdanken seien. Als größte Schwierigkeit in der Arbeitsmigration nannte er Sprachbarrieren, Fertigkeiten und Ausbildung würden dagegen meist kein Problem darstellen.

Grundsätzlich sei er der Meinung, dass Migrationsstrategien zusammen mit Integrationsstrategien diskutiert und entwickelt werden müssten. Dass der Faktor Integration oft vernachlässigt werde, zeige sich daran, dass in einigen Ländern die Kinder von Einwanderern schlechter abschnitten, als deren Eltern.

Nachdrücklich betonte er nochmals, dass sich die Situation in weiten Teilen positiv darstelle und Migranten geschätzt werden würden. Es bestehe die Gefahr, dass Firmen langfristig in Länder außerhalb der EU abwandern würden, wenn sich innerhalb der EU-Länder nicht genügend Arbeitskräfte mit den passenden Qualifikationen finden ließen.

Er wies darauf hin, dass ein horizontaler Denkansatz nötig sei, da die unteren sozialen Schichten nicht nur aus Migranten, sondern auch aus EU-Bürgern bestehen würden. Der Großteil der Schattenwirtschaft und der Schwarzmärkte fände nicht im Umfeld der Migranten statt, sondern betreffe Staatsangehörige der EU-Nationen, die z.B. ihr Arbeitslosengeld oder ihren Arbeitslohn mit Schwarzarbeit aufbessern würden.

Antje Möller beobachte, dass die Debatte über die Öffnung Europas und darüber, wie viele Arbeitskräfte gebraucht werden würden, in Deutschland fehle. Stattdessen liege der Fokus der öffentlichen Diskussion auf Schlagworten wie „Hartz 4“, 1 Euro-Jobs und fünf Millionen Arbeitslosen. Wenn sie doch stattfinde, sei sie von Ängsten, wie der vor Überfremdung, geprägt. Daher herrsche in der Politik ein Unwille zur Auseinandersetzung, noch nicht einmal das Bleiberecht von Geduldeten werde erörtert. 200,000 Menschen würden mit dem Status der Duldung in Deutschland leben, was bedeute, dass sie nicht regulär arbeiten dürften. Früher seien in diesem Status noch zwei Arbeitsstunden gestattet gewesen, nun würden diese Aufgaben von 1-Euro-Jobbern übernommen, was die Lage der Migranten weiter zuspitze.

Auf die Bitte Mekonnen Mesghenas um eine Rückschau auf das siebenjährige Schaffen der Grünen in der Regierung und eine Prognose für die aktuelle Regierung, beschrieb Antje Möller das Zuwanderungsgesetz als einen Erfolg mit Nachbesserungsbedarf. Nicht gelungen sei das Übertragen von Geduldeten zu Dauerhaften. Obwohl dies im Gesetz stehe, werde der Versuch durch die Handlungsweise der einzelnen Länder konterkariert. Sie sehe auch auf Seiten der Gewerkschaften eine Scheu davor, die Probleme wirklich anzugehen, obwohl stets von Integration gesprochen werde.

An die neue Kanzlerin habe Antje Möller als Frau viele Erwartungen, befürchte aber eine Weiterführung der Blockadehaltung der Vergangenheit und eine eher repressive Öffnung. Andererseits beobachte sie, dass die neue Regierung gegenüber dem Druck der Wirtschaft empfindlicher sei und dies eine Chance für neue Lösungen der Arbeitsmigration bieten könnte. Abschließend stellte sie nochmals in den Raum, dass es schwierig zu vermitteln sei, dass dem Bedarf nach Einwanderern fünf Millionen Arbeitslosen gegenüberstehen.

René Plaetevoet sprach über die Mechanismen von In- und Exklusion. Er sei der Meinung, dass ein auf internationalem Menschenrecht basierender Ansatz zur Migration nötig sei. Es seien Instrumente vorhanden, die genutzt werden könnten, um Menschen zur Verantwortung zu ziehen. Die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (CMW) würde diesen Schutz bieten, wurde bisher aber nur von etwa 34 Staaten ratifiziert. Die Staaten West-Europas und die USA hätten dies aus mangelndem Willen nicht getan. Plaetevoets Organisation „december 18“ versuche, die belgische Regierung zur Ratifizierung der Konvention zu bewegen. Die offizielle Reaktion sei allerdings stets die Aussage, dass die in der Konvention festgelegten Rechte für Migranten auch schon in nationalen Gesetzen garantiert seien oder mit nationalem Recht kollidieren würden. Eine juristische Fakultät prüfe momentan, was sich nach einer Ratifizierung in Belgien ändern müsste.

Die Organisation „december 18“ habe 12 Mitgliedsstaaten, momentan aber keine deutschen Partner-Organisationen.

Eine internationale Plattform mit 15 Mitgliedsorganisationen wie „Amnesty International“ und „Human Rights Watch“ erstelle Schattenberichte parallel zu den offiziellen Berichten von Regierungen. Er betonte, wie wichtig es sei, dass die Regierungen sowohl der Sender- als auch der Empfängerländer von Migranten an der Diskussion zu politischen Strategien beteiligt werden würden.

Liz Fekete präsentierte sich als Frau mit der Mission, einen anti-rassistischen Rahmen in die Debatte mit einzuführen. Mit Besorgnis nehme sie zur Kenntnis, dass rechts-gerichtete Parteien und Organisationen so viel Macht hätten und dass derzeit bestimmte Gruppen von Menschen in eine Masse homogenisiert, stigmatisiert und erniedrigt werden würden. Sie wies darauf hin, dass Arbeitsmigranten und Flüchtlinge keine strikt voneinander getrennten Kategorien darstellen würden, sondern dass die beiden Bereiche verknüpft seien. Gelenkte Immigration müsse ganzheitlich betrachtet werden.

Momentan würden internationale Konventionen ohne Berücksichtigung von Menschen ignoriert. Sie zitierte Angela Davis, die einst davon sprach, dass Menschen abgeschafft würden, um Probleme abzuschaffen und sehe diese Tendenz auch in der Migrationspolitik der europäischen Länder.

Asylsuchenden sei der Zugang zum Prozess der Asylsuche verwehrt, viele Menschen würden abgewiesen und zurückgeschickt, ohne dass sie ihre Rechte überhaupt kennen würden. Fekete berichtete von Fällen, in denen nicht einmal der Versuch unternommen wurde, Ertrinkende von einem gekenterten Flüchtlingsschiff zu retten. Sie selbst habe 200 Fälle von Deportation dokumentiert. Während dieser Deportationen würden Menschen wie Dinge behandelt. In den von ihr dokumentierten Fällen seien elf Menschen durch und während der Deportation gestorben.

Es gebe keinen Anreiz für Flüchtlinge, in Europa Asyl zu beantragen, was die Menschen in den Untergrund und in einen ungesicherten Status zwingt. Leidenschaftlich rief sie dazu auf, Flüchtlinge in Europa arbeiten zu lassen.

Mit Sorge beobachte sie, wie in Frankreich über selektive Migration gesprochen werde. Dies würde im Gegenzug bedeuten, dass bestimmte Gruppen de-selektiert würden. Diese Dämonisierung sei gegen bestimmte Gruppen, vor allem Europäer türkischer oder marokkanischer Herkunft, gerichtet. Die Debatte werde auf der Basis der Staatsbürgerschaft geführt. Sie betonte, dass Menschen die Landessprache lernen wollen, es aber oft am Zugang zu Möglichkeiten fehle. In Dänemark werde sogar Folteropfern die Staatsbürgerschaft mit dem Grund verwehrt, dass sie die dänische Sprache nicht sprächen.

Nach Feketes Vortrag gab es einige Reaktionen im Publikum, die zunächst die Frage betrafen, warum es für ein Land wie Belgien so wichtig sei, die Konvention zu unterzeichnen, wenn das nationale Recht den Flüchtlingen ohnehin die gleichen oder sogar bessere Rechte zugestehen würde. Fekete zeigte auf, wie wichtig die Signalwirkung dieser Ratifizierung sei und wies außerdem auf die Tendenz hin, diese auf nationalen Gesetzen basierenden Rechte wieder zu entziehen. Die Ratifizierung dieser Konvention würde solche Vorgänge zumindest erschweren.

Zum Abschluss rief Egbert Holthuis dazu auf, die bestehenden rechtlichen Rahmen zu nutzen und durchzusetzen und die Anzahl derer, die sich als EU-Bürger fühlen, zu erhöhen.

René Plaetevoet sprach sich nochmals dafür aus, die Rechte von Migranten unabhängig von ihrem rechtlichen Status anzuerkennen und zu respektieren.

Antje Möller stimmte Plaetevoet darin zu, dass die Durchsetzung der bestehenden Instrumente auf allen Ebenen richtig sei. Die Kritik am zyklischen Denken von Politikern sei deutlich geworden, allerdings sei bei der Frage der Legitimierung von Migranten eine breite Zustimmung in der Bevölkerung nötig.